

**Der Ausschuss bittet, folgende Eingabe für erledigt zu erklären, weil die Bürgerschaft keine Möglichkeit sieht, der Eingabe zu entsprechen:**

**Eingabe Nr.: L 19/47**

**Gegenstand:**

Besserer Schutz von Männern im öffentlichen und häuslichen Raum

**Begründung:**

Der Petent regt an, die bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau zu Gunsten einer Zentralstelle für Gleichberechtigungsangelegenheiten nach Gender abzuschaffen oder eine solche Zentralstelle zusätzlich zur ZGF einzurichten. In Bremen sei die geschlechtergerechte Gleichstellung im genderpolitischen Sinne verbesserungsbedürftig. So Sorge ein Manko in der Gleichstellungspolitik für eine fortschreitende Beeinträchtigung der Rechte von Männern, wie beispielsweise beim Schutz vor Gewalt im öffentlichen Raum. Die Landesgleichstellungsbeauftragte in Bremen sehe sogar Männer als einzig verursachenden Faktor von häuslicher Gewalt. Damit setze sie Männer in herabwürdigender und pauschalierender Weise zurück. Auch Männer würden Opfer von häuslicher Gewalt. Darüber hinaus reiche oft eine bloße Behauptung einer Frau, sie sei von ihrem Partner angegangen worden, aus, um den Leumund des Mannes zu beeinträchtigen. Der Schutz männlicher Kinder werde im Land Bremen nicht ernst genommen. In Gleichberechtigungsfragen im Bildungs- und Berufswesen würden beispielsweise Rechte zum Schutz von Männern, etwa vor Mobbingaktivitäten, nicht berücksichtigt. Deshalb sollten öffentliche Gelder künftig nicht mehr nur einseitig im Zwecke der Gleichberechtigung und des Schutzes von Frauen ausgegeben werden. Gleichstellungsgesetze müssten nach den Grundsätzen des Gender-Mainstreaming erweitert werden. Die Petition wird von 20 Mitzeichnerinnen und Mitzeichnern unterstützt.

Der Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen des Petenten eine Stellungnahme der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport eingeholt. Außerdem hatte der Petent die Möglichkeit, sein Anliegen im Rahmen der öffentlichen Beratung mündlich zu erläutern. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Überprüfung zusammengefasst folgendermaßen dar:

Der Petitionsausschuss kann das Anliegen des Petenten nicht unterstützen. Nach Auffassung des Ausschusses sind Frauenpolitik und Gender-Mainstreaming voneinander abzugrenzen. Beide sind für bestimmte Bereiche als Instrumente unverzichtbar.

Gender-Mainstreaming ist gegenüber der Frauenpolitik eine umfassendere und präventive Strategie, um Ungleichbehandlungen von Frauen und Männern von vornherein in allen Bereichen zu verhindern. Sie richtet sich als Aufgabe an alle Beteiligten der bremischen Verwaltung und stellt ein langjähriges Ziel der bremischen Landespolitik dar. Der Senat hat bereits im Jahr 2002 beschlossen, Gender-Mainstreaming als Methode in der bremischen Verwaltung schrittweise einzuführen. Gender-Mainstreaming wird als wirksames gleichstellungspolitisches Steuerungsinstrument angesehen, das auf eine geschlechtersensible Vorgehensweise bei allen fachlichen Entscheidungsprozessen und Verwaltungsaufgaben der bremischen Landespolitik zielt. Dementsprechend werden alle Entscheidungen und Maßnahmen bereits in der Planungsphase darauf überprüft, wie ihre Auswirkungen auf Frauen und Männer und auf die Geschlechterverhältnisse sind. Durch die geschlechtersensible Vorgehensweise wird eine größere Zielgruppengenauigkeit erreicht, weil geschlechterspezifische Lösungsansätze entwickelt werden können.

Demgegenüber wird Frauenpolitik überwiegend eingesetzt, um den nach wie vor bestehenden Benachteiligungen von Frauen gegenüber Männern entgegenzuwirken. Gewalt im Geschlechterverhältnis steht einer Gleichberechtigung entgegen. Entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag konzentriert sich die bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau auf die Lage der von Gewalt betroffenen Frauen und Mädchen und setzt sich für geschlechtergerechte Unterstützung ein. Auch setzt sie sich für ein frauengerechtes Hilfe- und Unterstützungssystem sowie für dessen Qualität und angemessene Rahmenbedingungen ein. Sie vermittelt das Thema in der Öffentlichkeit und trägt dazu bei, das Thema Gewalt gegen Frauen wachzuhalten. Dafür arbeitet sie mit diversen staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen, Gruppierungen und Verbänden zusammen, von denen einige auch spezielle Angebote für Männer vorhalten.